



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

9. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 5

Die Tagesordnung wird um eine Aktuelle Viertelstunde erweitert.

Aktuelle Viertelstunde 5

Thema: **Sachverhalt, der der Berichterstattung in der „Bild“-Zeitung zugrunde liegt, nach der die Ermittlungen gegen Frau Staatssekretärin Kaykin eingestellt worden sein sollen, nachdem die fehlenden Sozialausgaben an die AOK nachbezahlt worden seien**

auf Antrag der Fraktion der CDU

Minister Guntram Schneider (MAIS) gibt eine Erklärung ab.

- 1 Bericht über die Situation depressiver Kinder und Jugendlicher in Nordrhein-Westfalen 9**
 - Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/421
 - Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) und MR Dirk Lesser (MGEPA) beantworten Fragen aus dem Ausschuss.
- 2 Altenpflegeausbildung – aktueller Stand NRW / bundesweite Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive 12**
 - Vorlage 16/441
 - Bericht der Landesregierung
 - Den Ausführungen von Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) folgt eine kurze Diskussion.
- 3 Voraussetzungen für eine „Medizinische Fakultät OWL“ schaffen, Ärztemangel im ländlichen Raum wirksam bekämpfen 14**
 - Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1475
 - Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1554
 - Die CDU-Fraktion beantragt eine Anhörung. Die Mehrheit des Ausschusses spricht sich unter Verweis auf das bereits in der letzten Legislaturperiode zu diesem Thema durchgeführte Beratungsverfahren dagegen aus. Die Obleute sollen einen Lösungsvorschlag erarbeiten.
- 4 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Vierten Kapitel Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – SGB XII (Zuständigkeitsverordnung SGB XII – ZustVO SGB XII) 18**
 - Vorlage 16/414
 - Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

5 Inklusion von Menschen nach einer Hirnverletzung 20

- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/428

Zuschrift 16/123

MDgt Manfred Feuß (MAIS) beantwortet eine Frage aus dem Ausschuss.

6 Teilhabe an Arbeit – 1.000 zusätzliche Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen 21

- Bericht der Landesregierung

An den Bericht von Minister Guntram Schneider (MAIS) schließt sich eine kurze Diskussion an.

7 89. Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 28./29. November 2012 in Hannover 24

- Bericht der Landesregierung

Minister Guntram Schneider (MAIS) und Staatssekretärin Marlis Bredehorst (MGEPA) berichten. – Der Ausschussvorsitzende kündigt für Februar ein Expertengespräch unter anderem zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes an.

8 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Der mitberatende AGS-Ausschuss leitet den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Rechtsausschuss weiter.

9 Studie zur Medikamentenabgabe in der kommerziellen Tieraufzucht 31

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1252

Der mitberatende AGS-Ausschuss leitet den Antrag ohne
Votum an den federführenden AKUNLV weiter.

10 Verschiedenes 32**a) Beschluss über die Durchführung einer auswärtigen Sitzung
des AGS-Ausschusses am Mittwoch, dem 30. Januar 2013, in
Bad Oeynhausen 32**

Der Ausschuss beschließt, am Mittwoch, dem 30. Januar
2013, eine auswärtige Sitzung im Herz- und Diabetes-
zentrum in Bad Oeynhausen durchzuführen.

**b) Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen, Gesetzentwurf der
Landesregierung Drucksache 16/1188 32**

Auf Vorschlag seines Vorsitzenden kommt der Ausschuss
überein, in einem Obleutegespräch auf der Grundlage der
Protokolle der Verbändeanhörung seitens der Landes-
regierung zu entscheiden, ob eine Ausschussanhörung zu
diesem Gesetzentwurf notwendig ist oder ein Experten-
gespräch zu einem bestimmten Sachverhalt genügt.

8 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1435

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, das Plenum habe diesen Gesetzentwurf am 30. November 2012 nach erster Lesung einstimmig an den Rechtsausschuss – federführend –, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Kommunalpolitik, den Innenausschuss, den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zur Mitberatung überwiesen. Es sei ihm leider nicht gelungen, die Überweisung an diese Vielzahl von Ausschüssen zu verhindern, so der Vorsitzende. Künftig werde er im Plenum gegen solche aus seiner Sicht nicht zielführenden Überweisungsempfehlungen stimmen.

Der federführende Rechtsausschuss werde voraussichtlich am 7. Dezember 2012 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschließen. Aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes müsse das Beratungsverfahren so gestaltet werden, dass das Gesetz am 1. Juni 2013 in Kraft treten könne.

Er schlage vor, so der Vorsitzende, schon in der laufenden Sitzung über den Gesetzentwurf zu beschließen und die weitere Behandlung dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

Aus dem **Ausschuss** kommt der Vorschlag, diesen Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Rechtsausschuss weiterzuleiten.

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt fest, damit schließe der AGS-Ausschuss seine Beratung zu diesem Gesetzentwurf schon in der laufenden Sitzung ab.

Der mitberatende AGS-Ausschuss leitet den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Rechtsausschuss weiter.

